

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 120.

Donnerstag, den 16. Oktober 1919.

19. Jahrgang.

Balkikum und Bolschewismus.

Die Entente droht und bittet.

Der deutschen Regierung sind von der Entente zwei Noten überreicht worden, deren Forderungen kaum nacheinander in Einklang gebracht werden können. Einerseits droht uns die Entente wegen der Vorgänge im Baltikum mit der Hungerblockade, auf der anderen Seite bittet sie um unsere Mithilfe bei der Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes auf Sowjetrußland. Diese unsichere Haltung der Alliierten führt nur auf ihre ungewisse Zukunft vor einem künftigen Zusammengehen Deutschlands und Rußlands zurückgeführt werden, unter der die ganze Politik der Entente zurzeit zu betrachten ist. Die wirtschaftliche Durchdringung des Baltikums durch deutsche U-Boote und Truppen erschien der Entente der Beginn dieser Entwicklung, die sie unter allen Bedingungen zu unterbinden sucht. Note auf Note folgt, um den Rückzug der deutschen Truppen aus dem Baltikum zu erzwingen und das Baltikum für die wirtschaftliche Ausbeutung durch die Entente, insbesondere durch England freizumachen.

Die letzte Note der Alliierten über die baltische Frage

droht mit dem äußersten und auch grausamsten Druckmittel, der Blockade. In der Note wird zunächst die Zweckmäßigkeit der von der deutschen Regierung zur Durchführung des Abtransportes der deutschen Truppen aus dem Baltikum eingeleiteten Maßnahmen gebilligt, andererseits sprechen die Alliierten die deutsche Regierung von der Insubordination, ihre im Waffenstillstandsvertrage übernommenen Ehrenverpflichtungen vernachlässigt zu haben, nicht recht. Sie gehen sogar noch weiter und äußern den Verdacht, daß die Räumung des Baltikums als Mittel zur Vergrößerung des General v. d. Goltz an die deutsche Regierung und wollen wissen, warum man den General so lange dort gelassen, wieder hingeschickt und, wenn er keinen Instruktionen entgegengehandelt haben sollte, nicht bestraft oder verabschiedet hat.

Die Note spricht auch von der „Offensivethese der Deutschen“ gegen Riga, indem sie die deutsche Letztinstanz verlehnt, die Letztinstanz der Welt mit Panzerzügen, mit Flugzeugen und mit giftigen Gasen anzugreifen, indem sie weiter Riga bedroht und in Riga die Bildung einer deutsch-russischen Regierung hervorgerufen haben, die sich der bolschewistischen Regierung feindlich gegenüberstellt.

Mit dem Vorschlag einer alliierten Militärmission, die mit der deutschen Regierung die Räumungsüberwachung soll, erklären sich die Alliierten einverstanden, halten jedoch andererseits an dem Grundsatz der vollen Verantwortung der deutschen Regierung der Ausführung des Abtransportes fest und wünschen die in ihrem Telegramm vom 27. September angeführten Maßnahmen in vollem Umfang aufrecht erhalten zu wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit aller wünschenswerten Eile durchgeführt wird.

Diese Maßnahmen bestehen bekanntlich darin, daß die Alliierten bis zur Erfüllung ihrer Forderung keinerlei Anträge der deutschen Regierung auf Befreiung von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigen sowie daß sie alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig bei den Alliierten genießt, oder zu erlangen sucht, ablehnen werden.

Blockade gegen Sowjetrußland.

In der zweiten Note fordert die Pariser Friedenskonferenz die Neutralen und Deutschland zur Teilnahme an Maßnahmen auf, durch die sie das bolschewistische Rußland von der übrigen Welt absperrten. Die Friedenskonferenz erklärt, sie habe nach Aufhebung der Blockade gegen Deutschland den Staatsangehörigen der alliierten Mächte die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland nicht erlaubt. Nunmehr werden, um die Abschnürung wirksam zu machen, Deutschland und die Neutralen um ihre Beteiligung ersucht. Deutschland braucht die meisten der Verbote, die zu diesem Zwecke angeregt werden, u. a. Ausfahrverbot für alle nach einem russischen Hafen zu den bolschewistischen Schiffen, Unterbindung des Waren-, Bank- und Postverkehrs usw., eigentlich gar nicht erst ergehen zu lassen. Ein wirtschaftlicher Verkehr mit Sowjetrußland findet wohl kaum statt und der Postverkehr ist überhaupt unterbunden.

Deutschlands Stellungnahme zu den Entente-Noten.

Die Reichsregierung hat bis zu diesem Augenblick zu den beiden Noten der Entente noch nicht Stellung genommen. Das Kabinett kann erst beraten, bis Reichswehrminister Roske, der nach Oberschlesien

gereist ist, nach Berlin zurückgekehrt sein wird. Da die Antworten und Entschlüsse der Reichsregierung von einer ganzen Anzahl wichtiger Momente der inneren und äußeren Politik abhängen, wird es voraussichtlich einige Zeit dauern, bis die Lage geklärt sein wird. Wahrscheinlich wird die Regierung beide Noten beantworten, obwohl die Entente auf die zweite Note gar keine Antwort verlangt.

Keine Besetzung Rigas.

Die Nachricht von der Besetzung Rigas durch die „Deutschen“ wird von berufener skandinavischer Seite nicht bestätigt. Die russisch-deutsche Armee soll vielmehr, wie Clemenceau im französischen Senat ausführte, von den Letzten geschlagen worden sein. Der Führer der russischen Bestarmee Oberst Alwaloff Bernhardt behauptet bereits, daß sich sein Vorgehen nicht gegen die Letzten richte, sondern vielmehr zu gemeinsamer Abwehr der Bolschewisten auf und er sucht, ihm den Durchmarsch zur Bolschewistenfront freizugeben. Unter der Armee Bernhards befinden sich zweifellos viele deutsche Ueberläufer, und wie es scheint, ist auch die Eiserner Division unter Major Wischhoff zu ihr übergetreten. General v. d. Goltz ist auf dem Wege nach Berlin: hier wird er der alliierten Kommission berichten können, daß es für die deutsche Regierung einfach unmöglich ist, die Befolgung des Rückzugsbefehls bei den über weite Strecken des Baltikums zerstreuten ehemals deutschen und jetzt in russischen Diensten stehenden Truppen mit Erfolg durchzusetzen.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages durch den französischen Senat.

Der französische Senat stimmte dem Versailler Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zu. Die Militärabkommen mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen. Der Abstimmung ging eine bedeutende Rede des Ministerpräsidenten Clemenceau über das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich voraus.

Der Friedensvertrag könne, so führte Clemenceau aus, auch ihn nicht vollkommen befriedigen. Die Vertreter Frankreichs auf der Friedenskonferenz hätten keine Wunder wirken können. Die ungeheure Katastrophe, die über die Welt hereingebrochen sei, habe Millionen von Menschenleben vernichtet. Ganze Länder seien in das Unglück gestürzt worden. Derartige Ereignisse könnten nicht durch geschriebene Aktenbogen, die man einfach unterzeichne, beendet werden. Und man dürfe, nachdem man dies vollbracht habe, nicht einschlafen. Das ganze Leben bestehe aus Wachsamkeit. Zu dieser Wachsamkeit sei auch Frankreich verpflichtet. Die Friedenskonferenzen vom Haag hätten sich ausgedehnt und als Folge des Krieges zu einem Völkerbund ausgewachsen. Der Völkerbund sei aus dem Krieg heraus geboren worden, der eine solche Unmenge von Leiden erzeugt habe, daß sich die Notwendigkeit ergeben hätte, um jeden Preis den Versuch zu machen, darüber hinwegzukommen. Den Krieg der Deutschen habe Frankreich seit einem halben Jahrhundert erwartet. Die Franzosen seien einig in zwei Gedanken gewesen, einmal darin, diesen Krieg niemals zu provozieren, und andererseits hätten sie die Ueberzeugung gehabt, daß, wenn der Krieg käme, sie alle Lasten ertragen müßten. Aus diesem Gedanken heraus sei die Allianz mit Rußland entstanden.

Die Aufgabe sei gewesen, den deutschen Militarismus niederzuschlagen. Was die deutsche Einheit betreffe, so sei er gewiß kein Anhänger davon. Doch wie hätte er unter dem Vorwand, die deutsche Einheit zerstören zu wollen, die Menschenschlächterei fortsetzen dürfen in dem Augenblick, in dem Deutschland den Waffenstillstand verlangte. Die Niederlage hätte die deutsche Einheit naturgemäß stärken müssen. Aber die Ereignisse marschierten. Unglücklicherweise hätten die Franzosen keine Geduld. Die durch den Vertrag geschaffene Lage würde sich in einer Weise entwickeln, die nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den Franzosen abhängen. Frankreich wolle die Deutschen nicht beherrschen. Die Franzosen wollten frei sein, um zu befreien. Die Deutschen aber knechteten sich, um zu knechten.

Die Einheit liege nicht in den Protokollen der Diplomatie, sondern in den Herzen der Menschen. Es liege nicht in der Absicht Frankreichs, in das Herz der Deutschen einzudringen. Was die Frage der Entwaflnung Deutschlands anbetreffe, so müsse er zugestehen, daß zwischen fünf Millionen Soldaten und hunderttausend ein Unterschied sei. Man habe die Militärpflicht gegen die Vorschläge der militäri-

schen Sachverständigen befolgt. Man habe die ganze schwere Artillerie verboten und die leichte Artillerie zerabgelegt. Clemenceau fragte: Glauben Sie, daß die Zukunft des deutschen Regimes ebenso gesichert ist, wie das unsrige? Es vollzogen sich in der deutschen Armee Evolutionen, deren Tragweite man nicht voraussehen könne. Aber was er wisse, sei, daß dieser Staat in der jetzigen Weise nicht fortbestehen könne. Krisen seien unvermeidlich. Wenn man ihn frage, welches die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland sei, so antworte er:

Zuerst muß der Friedensvertrag ausgeführt werden.

Das ist der Präzise. Eine Kommission von 60 französischen Offizieren bestünde sich bereits in Berlin. Er befürchte heute die wirtschaftliche Herrschaft mehr als die militärische. Wenn man für die Zukunft einen nützlichen Ausgleich haben wolle, dann müsse man die französische Oberherrschaft sicherstellen. Aber damit Deutschland bezahlen könne, müsse es arbeiten. Man müsse niemals vergessen, daß es sich um ein intelligentes, ordnungsliebendes und methodisches Volk handle. Auch die Frage der Verantwortung müsse gelöst werden. Das werde in Deutschland Tatsachen zeitigen, die man nicht lenne. Die Deutschen seien von den Franzosen nur durch die Grenze getrennt. Sie hätten die Gewalt begangen, die die gesamte Menschheit nur einmütig tadeln könne. Deshalb würden mehrere Fragen aufgeworfen, so namentlich die Frage der Wiedergutmachung und der Garantien. Was die Wiedergutmachung betreffe, so hätte man einen festen Preis festlegen wollen. Der sei aber so niedrig gewesen, daß ihn die französischen Parlamente nicht angenommen hätten. Was die militärische Sicherheit Frankreichs betreffe, so sei der Rhein auf seinem linken Ufer neutralisiert und auch auf 50 Kilometer seines rechten Ufers. Was die stetige Befestigung der Rheinlande mit den Brückenköpfen anbetreffe, so hätte er sich dazu nur verstehen können, wenn er nichts anderes hätte erreichen können. Er habe darauf verzichtet, als er die englische und amerikanische Allianz gehabt habe. Die französische wirtschaftliche Lage werde heute und morgen von dem Mangel an Arbeitskräften beherrscht. Hätte man unter diesen Umständen an eine ständige Befestigung des linken Rheinufer denken können? Die Wahrheit sei, daß sich Frankreich bei der linksrheinischen Bevölkerung Freunde schaffen müsse, indem man sie gut behandle und sie gegen den preussischen Despotismus schütze. (1) Was den Völkerbund anbetreffe, so sehe er Mitglieder des Völkerbundes, die sich gegenseitig mit der Pistole in der Hand betrachteten. Zum Schluß forderte Clemenceau die Franzosen auf, einig zu bleiben. Frankreich müsse viele Kinder haben. Ohne diese, da könne man in einen Vertrag hineinschreiben, was man wolle, sei Frankreich verloren. Es sei ein Akt der Feigheit, ein Verzicht auf eine notwendige Last, wenn man erkläre, man wolle keine Kinder haben. Clemenceau erhielt starken Beifall, und es wurde beschlossen, seine Rede im ganzen Lande anzuhören zu lassen.

Politische Rundschau.

16. Oktober 1919.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat den Ehrenvoritz über den Ehrenrat des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge übernommen.

Die praktische Vorbereitungszeit der Referendare soll in Kürze gesetzlich von vier auf drei Jahre verkürzt werden.

Auf der Delegiertenversammlung des Reichverbandes der deutschen Presse in Wiesbaden kam der einstimmige Bescheid zum Ausdruck, die wichtigsten Bürgerfragen für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Journalisten gegen alle Widerstände auf gewerkschaftlich durchzusetzen.

In dem Besinden des Abg. Haase ist infolge Mundvergiftung eine nicht unbedeutliche Verschlimmerung eingetreten.

Die Besetzung der bayerischen Regierungskrise. In einer Entschlüsselung der Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Partei wird darauf hingewiesen, daß die bayerische Volkspartei und die demokratische Partei auf ihren Bundeskonferenzen den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, daß die jetzige Regierung unter dem Ministerpräsidenten Hoffmann in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiter bestehe. Damit sei die gemeinsame Verantwortung für alle bisherigen und weiteren Regierungsmassnahmen festgelegt und die Grundlosigkeit der maßlosen Angriffe gegen die sozialdemokratischen Regierungsmassnahmen in aller Form anerkannt. Die sozialdemokratische Landeskonferenz habe angesichts dieser Tatsache und der für den Winter zu erwartenden großen Schwierigkeiten nicht die Verantwortung dafür übernehmen können, daß das Land durch den Austritt der sozialdemokratischen Mit-

glieder aus der Regierung aufs Neue dem schwersten Erschütterungen ausgesetzt werde und die politischen, kulturellen und sozialen Errungenschaften der Revolution gefährdet würden. — Damit ist die bayerische Regierungskrise beigelegt.

Die Goldmillion im Fall Mannheim. Der deutsche nationale Abgeordnete von Graefe hatte an die Regierung die Anfrage gestellt, ob das Reich direkt oder indirekt an der Vergabe der einen Million Mark in Gold beteiligt sei, die angeblich von privater Seite der Regierung zur Befriedigung der französischen Ansprüche im Fall des französischen Sergeanten Mannheim, der seinerzeit in Berlin niedergestochen worden ist, zur Verfügung gestellt worden ist. Auf diese Anfrage hat jetzt der Reichsminister des Auswärtigen schriftlich erwidert, daß er die Anfrage mündlich in der Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 7. Oktober dieses Jahres beantwortet habe, da die Erörterung der Angelegenheit vor der Öffentlichkeit zurzeit aus Gründen der äußeren Politik unerwünscht sei.

Die Errichtung der deutschen Zollgrenze im Westen aufgeschoben. In einer Konferenz von Vertretern der Handelskammer Saarbrücken und der Oberzolldirektion Köln wurde, wie verlautet, beschlossen, die Errichtung der deutschen Zollgrenze vorläufig aufzuschieben. Bestimmungsgemäß hätte die neue Zollgrenze schon am 1. Oktober errichtet werden müssen. Der Grund für den Aufschub liegt in den technischen Schwierigkeiten, die einer sofortigen Durchführung des Zollwesens an der neuen Grenze entgegenstehen.

Die Abstimmung in Schleswig. Der Minister für Schleswig, Hansen, teilte einem Vertreter der Kopenhagener „Politiken“ mit, daß der Friedensvertrag in der Mitte dieser Woche in Kraft treten werde, und daß zehn Tage nachher Deutschland das gesamte Abstimmungsgebiet in Schleswig, also erste und zweite Zone, geräumt haben müsse. Man rechne damit, daß die internationale Kommission Ende nächster Woche in Flensburg eintreffen und daß die Abstimmung in der ersten Zone Mitte November stattfinden werde. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, habe Dänemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem dänischen Staate übertragen sei. Selbstverständlich werde Dänemark von diesem Rechte Gebrauch machen. Auch die Abstimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll sie spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattgefunden haben, aber er, der Minister, könne sagen, daß sie weit früher abgehalten werde, d. h. also, daß beide Abstimmungen vor Weihnachten vorgenommen werden würden.

Umwandlung des Deutschen Flottenvereins. Die Mitgliederzahl, welche die Novemberereignisse beim Deutschen Flottenverein nach sich gezogen haben, hat den Gesamtverband veranlaßt, einer Namensänderung näher zu treten. Am letzten Sonntag trat der Verein zu seiner 16. ordentlichen Hauptversammlung zusammen, die durch Delegierte aus allen Teilen des Reiches, auch aus den besetzten Gebieten, besetzt war. Nach einer kurzen Besprechung wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, den Verein künftig „Deutscher Seeverein“ zu nennen. Seine Zwecke werden in der Satzung wie folgt festgelegt: „Der Deutsche Seeverein will — über den Parteien stehend — das gesamte deutsche Seewesen fördern, insbesondere zu dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, der Wiederaufrichtung des deutschen Seehandels und der deutschen Seefischerei, sowie der überseeischen Tätigkeit der Deutschen beitragen. Der Deutsche Seeverein will sich ferner der Angehörigen des Seemannsstandes annehmen.“ Diese Ziele fanden einstimmig Annahme. Es wurde beschlossen, im Reich ein Flugblatt zu verbreiten, das über die Ziele des Deutschen Seevereins aufklären soll.

Die Spaltung der Radikalen. Der Ferkungsprozeß innerhalb der sozialistischen Parteien ist noch nicht zu Ende. Aus der alten Sozialdemokratie sind bereits drei Parteien, Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten hervorgegangen. Jetzt haben sich letztere abermals gespalten. Wie die Zentralleitung der kommunistischen Partei in dem Erfurter Blatt „Der Kommunist“ mitteilt, hat sich die eben-

falls kommunistische „Rote Fahne“ in Berlin auf den Boden der revolutionären Betriebsorganisation gestellt. Damit sei im sozialistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen im besonderen verneint. Das Berliner Parteiblatt der Kommunisten wird daher von deren Leitung als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet. — Die revolutionären Betriebsorganisationen haben sich die Zerstörung der Gewerkschaften, des Apparates der sozialistischen Parteien, zum Ziel gesetzt.

Rundschau im Auslande.

In Rußland, Sibirien und Turkestan befinden sich zurzeit noch 200 000 deutsch-österreichische Kriegsgefangene.

Der Rektor der Wiener Universität hat im Namen aller österreichischen Hochschulen bei der Regierung einen energischen Protest gegen die beabsichtigte Veräußerung von Kunstschätzen zum Zwecke der Beschaffung von Lebensmitteln überreicht.

Die belgische Regierung hat für flandrische Erschießungen von Belgiern durch die deutschen Besatzungstruppen 980 Millionen Franken Schadenersatz angemeldet.

Nach südslavischen Meldungen befindet sich ganz Albanien im Aufstand gegen die Italiener.

Österreich: Verstoß des Rechtfertigungsversuchs.

Die Auslassungen des Wiener Rotbuches lassen den Brazen Verstoß nicht ruhen. Wie die „Times“ aus New York melden, hat er in einem Telegramm nach New York an den amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand zum österreichischen Ultimatum an Serbien unter anderem mitgeteilt, daß zahlreiche Unterredungen, die er mit dem deutschen Botschafter in Wien geführt hatte, auf ihn keinen anderen Eindruck hätten machen können, als den, daß die deutsche Regierung erwarte, Österreich solle an Serbien den Krieg erklären. Die mit dem deutschen Gesandten zu Beginn des Monats Juli 1914 geführten Gespräche hätten ihn davon überzeugt, daß Deutschland, wenn Österreich in dieser Angelegenheit nicht energisch genug aufträte, es (Österreich) bei der nächsten Gelegenheit nicht mehr unterstützen würde und sich nach einer anderen Richtung hin orientieren würde. Verstoß teilt außerdem an Wiegand mit, daß der deutsche Botschafter in Wien, v. Tschirschky, über die Hauptpunkte des Ultimatus an Serbien noch vor der endgültigen Redaktion unterrichtet und ihm der Text zwei Tage vor der Abendung ausgehändigt worden sei.

Ungarn: Der Abzug der Rumänen aus Ungarn.

Die Rumänen haben jetzt begonnen, die westlichen Teile Ungarns, zum Beispiel Raab und Stuhlweißenburg, zu räumen, wobei sie in unerhörter Weise Requisitionen vornehmen, Fabriken abmontieren und Maschinen und Wohnungseinrichtungen wegklotzen. Ganze Hügel mit geraubtem Gut wurden von den rumänischen Besatzern am Hundertausende wieder zurückerkauft. Die Rumänen schienen auch ungarisches Staatsgeld zu raubens. Als sie im Ministerium des Reiches ein Telefonat rauben wollten, eilte man die englische Militärmission zu Hilfe. Ein britischer General verurteilte eigenhändig die Plünderer mit der Peitsche. Die alliierten Missionen, die zu den Rumänen in sehr unfreundlichem Verkehr stehen, lassen von der Bevölkerung alles genau notieren, was requiriert wird, und geben, diese Liste auf der Pariser Konferenz den Rumänen zwecks Aufrechnung vorzulegen. Die von den Rumänen geräumten Ortschaften wurden von der Weissen Garde besetzt. Erste Unruhen drohen in der Slowakei, wo große Waffenslager durch Grenzsmuggler gesammelt wurden und wo die gegen die Tschechen erlittene Bevölkerung einen Aufstand vorbereitet, um die Selbstständigkeit zu erklären.

Rußland: Ein Fluchtversuch verfehlt.

Nach Meldungen bolschewistischer Blätter hat die russische Sowjetregierung beschlossen, angesichts der vielen Gefahren, die sie bedrohen, einen fliehenden Mätkonkret einzuberufen. Die Gerüchte über die Ermordung Lenins finden durch die russischen Blätter keine Bestätigung. Indessen bricht manches für die Auffassung, daß Lenin verhaftet hat, Rußland heimlich zu verlassen. Sein Fluchtversuch soll jedoch bemerkt worden sein, worauf man ihn festnahm und in einer kleinen Stadt in der Nähe Moskaus internierte.

Ein Notschrei der Deutschen in Polen.

Wenn nicht schnell Hilfe kommt, sind in den in Polen abgetretenen Provinzen Polen und Preußen die deutschen Schulen dem Untergang geweiht.

Im besetzten polnischen Gebiet gibt es schon meilenweit keine deutschen Schulen mehr. Die deutschen Schulkinder sind entweder ohne Schule oder sie besuchen die polnische. Diese Zustände drohen auch über die Deutschen des noch unbefetzten Abtretungsgebietes zu kommen.

Wird das deutsche Schulwesen hier nicht geschützt, so kann sich deutsche Sprache und Kultur in Polen nicht lange halten.

Die Heimat hat so oft versprochen, sie wolle „die deutschen Brüder im Osten nicht vergessen“. Heute kann sie zeigen, ob es ihr mit dem Versprechen ernst war. Nur Erhaltung der deutschen Schulen sind reichliche Geldmittel nötig.

Der Deutsche Schulverein in Polen, Sitz Bromberg, hat sich der deutschen Schulinteressen angenommen. Er ruft die Heimat um rasche Hilfe an, um selbst noch rechtzeitig helfen zu können. Er bittet Geldspenden an die Diskontogesellschaft in Danzig für „Deutschen Schulverein in Polen“ zu richten.

Deutsche, helft euren verlassenen Volksgenossen im Osten!

Bermischtes.

Berlin ohne Fleisch. Nach monatelangen, erfolglosen Bemühungen, die äußerst mangelhafte Versorgung Groß-Berlins mit Fleisch aufzubessern, hat der Magistrat neben telegraphischen Vorstellungen beim Ministerpräsidenten, beim Staatskommissar für Volksernährung und beim Landesfleischamt erneut eine Eingabe an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß für die vergangene Woche immer noch 900 000 Pfund Fleisch ausstehen und für diese Woche überhaupt noch kein Fleisch geliefert worden ist. Der Magistrat spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die nötigen Mittel anwenden wird, um endlich diese unerträglichen Zustände zu beseitigen.

Aufhebung eines Berliner Tanzklubs. Das Landespolizeiamt, das auf Veranlassung des Staatskommissars für Volksernährung und der Kohlenstelle Groß-Berlin seit einiger Zeit einen scharfen Kampf gegen die Nachtlokale in Groß-Berlin führt, hatte in der Nacht zum Sonntag abermals ein starkes Aufgebot an Kriminal- und Sicherheitsbeamten zusammengezogen, um einen Tanzklub im Admiralspalast, den sogenannten „Fog-Trott-Klub“, aufzuheben. Die Veranlassung zu dieser Maßnahme war dadurch begründet, daß sich in diesem Klub ein Nachtbetrieb entwickelt hatte, der sich in keiner Weise an die bestehenden Vorschriften über Polizeistunde, Sitzfleischbeschränkung und Abgabe von rationierten Lebensmitteln hielt. Der Klub gab sich allerdings nach außen hin als „geschlossene Gesellschaft“ aus, in dessen war der Eintritt fast jedem zahlungsfähigen Mitbürger zugänglich. Die Tanzveranstaltungen wurden allabendlich im zweiten und dritten Stockwerk des Admiralspalastes abgehalten und währten bis in die frühen Morgenstunden hinein. Etwa 50 Kriminalbeamte und drei Jügel Sicherheitspolizisten in Uniform und Zivil befehligten die Ein- und Ausgänge des großen Gebäudeskomplexes und drang in die beiden Tanzsäle ein. In den Sälen wurden mehr als vierhundert Personen angetroffen. Beide Säle wurden sofort geschlossen. Sämtliche Personen, die ohne genügende Ausweise waren — es waren mehr als 120 — wurden mit Lastkraftwagen nach dem Landespolizeiamt befördert. Diese Transporte gestallten sich zu großen Schaupielen. Die Verhafteten, zum größten Teil mit Puppen, Leddybären, waschfortropfen, „Arrangements“ mit Süßfrüchten, Wein und Konerven, Säubern, Wänsen und Kaninchen, die sie bei der Verhaftung gewonnen hatten, behaupt, Kletterer in ihrer Ballklosette mittels einer kleinen befehlsmäßigen Treppe auf die offenen Lastkraftwagen und wurden von den nach Hunderten zählenden Zuschauern mit großem Hallo und Jubel empfangen. Unter lauten Hurraufen setzte sich jedesmal ein Lastkraftwagen, sobald er gefüllt war, in Bewegung. — Der „Fog-Trott-Klub“ ist natürlich hell empört über die Störung seiner Veranstaltungen und hat durch seinen Geschäftsführer beim Staatskommissar für Volksernährung Hässlichen Protest (!) gegen das Vorgehen des Landespolizeiamts erhoben.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

29. Fortsetzung.

„Sie wollen Sie zur Geliebten!“ schrie der junge Gondelführer anher. „Ich geh' nicht fort von hier. Ich geh' nicht fort von hier. Ich muß meine Schwester schützen!“

„Beruhigen Sie sich, junger Mann!“ lautete die ernste, feierliche Entgegnung. „Ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich Ihre Schwester heirate — das Ehrenwort einer Marquise Bonmortino!“

Und Paolo glaubte dem Wort. Er verließ Italien, ohne seine Schwester noch einmal gesehen zu haben, und verbündete sich auf einem großen Afrikadampfer als Decker.

Drinnen in Südafrika machte er sein Glück. Wie wieder hörte er von seiner Schwester. Aber vergessen hat er sie nicht: sie war der leuchtende Stern in seinen Jugendentwürfen. Und Salomea noch einmal sehen, sich von ihrem Glück überzeugen — das bildete das Ziel all' seiner Wünsche.

„Und nun bin ich da, und meine kleine Schwester ist tot!“ schrie Paolo, indem er sich mit der umgekehrten Hand eine Träne aus dem Auge wusch.

Auch Salomea ist tief ergriffen. Sie wußte nichts von den Schicksalen des Bruders ihrer geliebten Mutter. Nur einmal hatte diese zu ihrer kleinen Tochter von ihrem einzigen Bruder gesprochen, und zwar so, als sei er tot.

Widlich gibt der Südafrikaner seinem Körper einen Ruck, als wolle er jede rückfällige Annäherung abweisen.

„Wie kommt's?“ fragt er ganz unvermittelt, „daß du in diesem verfluchten poveren Haus wohnst, Kind? Und warum siehst du so dünn und vergrämt aus? Ist dein Mann ein Geizhals, daß er das schöne Geld einpöckelt?“

Trotz ihrer wehmütigen Stimmung muß Salomea lächeln. Ihr Carlo — ein Geizhals!

„Wie sind arm, Onkel!“

„Arm? ... Warum?“

„Mein Vater ist tot, Onkel!“

„Das doch! Ich mir, Wär' beinahe neunzig jetzt. Was

hat er mit dem vielen Geld angefangen? Alles verbrannt!“

„O nein, Onkel!“

„Was denn?“

Durchdringend blitzen die scharfen Augen Salomea an.

„Ich habe nichts von seinem Gelde bekommen, Onkel!“

„Nichts? ... Wer denn?“

„Seine Söhne aus erster Ehe.“

„Nichts?“

„Nichts.“

Paolo Rosso schweigt einige Augenblicke. Dann fragt er heilig:

„Hat deine Mutter das Testament gesehen?“

„Ja, Onkel.“

„Ist es in deinem Besitz? Kannst du es mir zeigen?“

„Nein, Onkel. Ich selbst habe es nie zu Gesicht bekommen.“

Der Südafrikaner nickt einen leisen Pfiff aus.

„Deine Mutter war ein Schaf. Sieht ihr ganz ähnlich: immer gutmütig und leichtgläubig. ... Aber du —“

— er richtet er seine durchdringenden Augen auf seine Nichte —

— aber du bist von anderem Holz. Sag' mir offen und ehrlich, Nichte Salomea, glaubst du an dieses Testament?“

Salomea schweigt, während leichte Röte in ihre bleichen Wangen steigt.

„Glaubst du daran?“ wiederholt Paolo Rosso mit erhobener Stimme.

„Nein, Onkel.“

„Glaubst du daran?“

Kleine Pause.

Dann sagt Salomea fest und bestimmt:

„Nein, Onkel Paolo. Ich glaube nicht daran.“

Ein Freudenruf erschallt den Lippen des Südafrikaners. Voll Emphases hat er sich auf beide Schenkel.

„Bravo, Kind! Bravo! Bist 'n Hauptweib! Hab' mich nicht in die geistliche. Läßt dir nicht so leicht was vorfallen! ... Uebrigens — ich werd' mich der Sache mal annehmen. Wo stehen denn deine sauberen Brüder, he? In Venedig?“

„Nein. Hier in Rom.“

„Ahl! ... Na, da ist die Sache ja leicht. Wird' sie mir

langen, die Schürken, die meine Schwester verhungern ließen

und jetzt auch deren Tochter darben lassen.“

Salomea ist immer bleicher geworden. Sie fühlt, sie hat

mehr gesagt, als sie wollte.

„Onkel Paolo,“ blüht sie, die Hand auf seinen Arm le-

gend, „du mußt mir versprechen, in der Sache keinen Schritt

zu tun, ohne meinen Willen.“

„Nichts versprech' ich! Gar nichts!“ lautet die unwir-

sche Entgegnung. „Meine Schwester verhungern zu lassen!

Diese Schuft! Diese Vögelchen!“

Und Kinella, die, von brennendster Neugierde getrieben,

soeben verflohen den Kopf zur Tür hereinsteckt, sieht, wie

der „Märchenprinz“ eine Faust macht und sie in der Luft

schwimmt, als wolle er einen unsichtbaren Feind zermalmen.

Paolo Rosso ist gegangen.

In ihrem kleinen „Salon“ sitzt Salomea Velloni mit

aufgelegtem Kopf, tief nachdenklich, tief beunruhigt.

Kinella, die draußen am Schließloch, zitternd vor Er-

wartung, horcht und jeden Augenblick hofft, ihre Herrin werde

die Tür aufreißen, Kinella aus Herz drücken und rufen: „Du

hast uns aus der Armut befreit! Du bist unsere Retterin! Du

bist unsere Retterin! Du bist von nun an nicht mehr

Kindermädchen, sondern meine erste Kammergose mit zwanzig

löhre Löhne monatlich!“ — Kinellas Gesicht wird immer

länger und länger, als nichts dergleichen geschieht, als sie

so gar einen tiefen, tiefen Seufzer vernimmt, der von allem

andern, als von „großem Glück“ spricht.

Tränen verdunkeln Kinellas runde Kinderangen. Sie ist

ihrer Herrschaft von Herzen zugeban und der Gedanke, das

Glück derselben veranlaßt zu haben, hob ihr Selbstbewußt-

sein. Und nun waren ihre Glücksträume Eisenklauen! Nicht

wie Seifenblasen! ... Ah, wie traurig das Leben doch

ist!

Fortsetzung folgt.

Die Nationalversammlung.

97. Sitzung. Montag, den 13. Oktober 1919.

Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol wird einem Ausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung steht dann eine sozialdemokratische Interpellation über die Preissteigerung im Lederhandel; verbunden wird damit ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Rohstoffversorgung für Ober- und Unterbekleidung, sowie Schuhwerk und Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Textilindustrie. Der Ausschuss ersucht um vorzugsweise Befreiung der während des Krieges stillgelegten Webereien mit Rohstoffen. Er fordert Rohstoffversorgung der heimkehrenden Gefangenen, Zivilinterferenten, der Wundervermittelten usw. Der Abbau der Zwangswirtschaft soll unterzüglich in die Wege geleitet werden. Ein parlamentarischer Ueberwachungs-ausschuss soll die Liquidation der Reichsteil-Aktiengesellschaft übernehmen.

Abg. Beder-Oppeln (Soz.) begründet die Interpellation. Am Koffen der breiten Massen wird mit Leder ein unerhörter Mord getrieben. Wenn es so weitergeht, muß es zu einer Katastrophe kommen. Die Regierung sollte die Zwangswirtschaft schleunigst wieder einführen. Ungeheure Mengen an Leder und Ledergegenständen sind an Polen geliefert worden. Die Regierung sollte zur Zentralisation der Ausfuhr genehmigung schreiten. Für Ueberführung von Höchstpreisen müßte der tausendfache Betrag als Strafe angesetzt werden. (Zurufe rechts: Aufhängen!) Nur auf solche Weise kann dem Uebel abgeholfen werden. Wir müssen aus dem Sumpf heraus! Die Schwarzschlachten, die die hohen Lebensmittelpreise verschulden, müssen aufhören.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Wir haben bei Aufhebung der Zwangswirtschaft natürlich mit höheren Preisen gerechnet, aber allerdings nicht mit so ungeheuren Steigerungen. Trotzdem sprechen schwerwiegende Gründe für die freie Lederwirtschaft. Ohne die Zufuhr aus dem Auslande können wir nicht aus. Ist die Zufuhr aber frei, dann kann im Inlande unmöglich die alte Zwangswirtschaft mit Höchstpreisen aufrecht erhalten werden, die niedriger sind als die Weltmarktpreise. Eine Kontrolle, ob in- oder ausländisches Leder verwendet worden ist, ist undurchführbar.

Die Forderungen der Landwirte, daß der Konjunkturgewinn in Leder ihnen vollkommen zugeführt wird, ist ungerecht, niemand darf jetzt übermäßige

Gewinne machen. Daher wird der Gewinn verteilt auf den Landwirt, die Gemeinden und das Reich. Damit könnten die Landwirte zufrieden sein.

Die Schuhindustrie, das hat eine Umfrage ergeben, steht ausschließlich auf dem Standpunkt der freien Bewirtschaftung. — Wir müssen jetzt den Markt eine Zeitlang ruhig unter dieser Konjunktur lassen, um die Möglichkeit zu schaffen, daß ein vermehrtes Angebot eine Preislenkung herbeiführt. Tritt wirklich keine Besserung des unerträglichen Zustandes ein, dann müssen wir irgendein Abhilfsmittel zu finden suchen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit der nunmehr eröffneten Besprechung ein deutsch-nationaler Antrag Arnstadt verbunden, der einen Abbau der Zwangswirtschaft, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiete verlangt. Ebenfalls verbunden wird ein ähnlicher Antrag Dr. Wölff (Dem.).

Abg. Bergmann (Str.) bespricht die Lederfrage vom Standpunkte des Schuhwarenfabrikanten. Gätten wir die Häute und Lederwirtschaft nicht freigegeben, so würden wir heute weniger Schuhe und Leder und noch höhere Preise haben. Wir haben jetzt eine jährliche Produktion von 30 bis 35 Millionen Paar Stiefeln. Eine Reduzierung der Preise muß herbeigeführt werden, für eine neue Zwangswirtschaft sind wir aber nicht zu haben.

Abg. Herrmann-Württemberg (Dem.): Wer jetzt Nahrungsmittel oder notwendige Kleidungsstücke ins Ausland verschickt, um des Eigennutzes willen, ist ein Verbrecher. Man muß es sich aber sehr überlegen, ob man auf allen Gebieten ohne Ausnahme die freie Wirtschaft einführen soll. Durch eine planmäßige Befestigung der Zwangswirtschaft wird eine allmähliche Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise erzielt werden.

Mit Ausbruch der Revolution sind etwa 50 Prozent des Gefalles im Wege des Schleichhandels vertrieben. Wenn das Handwerk auf die Zuteilung der Behörden angewiesen wäre, hätte es aussterben müssen. Welche Gründe hat die Regierung gehabt, die Vorschläge auf Einführung von Uebergangspreisen für Leder- und Schuhwaren abzulehnen. Die Vorschläge hätten die wilde Preistreibeerei verhindert. Der Schwerpunkt der Versorgung mit Schuhwerk ist am besten in die Gemeinde zu verlegen. Bei der Verteilung des Konjunkturgewinnes an Leder müßte die Landwirtschaft in erster Linie berücksichtigt werden. Mit allen Mitteln muß für eine schnelle Verteilung der vorhandenen großen Bestände an Kleidung und Textilien gesorgt werden.

Abg. Wölff (Dnlt.): Auch ein großer Schuhmachervereinigungsverband mit 8000 Mitgliedern tritt für Freigabe des Lederhandels ein. Die kleinen Betriebe haben das Wirtschaftsleben aufrecht erhalten. Dafür wollte man ihnen das Arbeitsmaterial wegnehmen. An den hohen Preisen ist zum großen Teil der Uebergang der Saluta Schuld, nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft, denn die Preissteigerung ist in der Gesamtindustrie eingetreten. Nur die freie Wirtschaft wird das deutsche Volk hochbringen.

Abg. Hugo (D. Sp.): Daß unsere Schuhversorgung so schlecht bestellt ist, ist nicht nur auf den Mangel an Schuhen zurückzuführen, sondern auf die Verwöhnung in der Geschmacksrichtung. Für Augenschuhe wird Leder bezahlt. Rindleder können wir aber nicht mehr verarbeiten, weil das Publikum diese Stiefel ablehnt. Die Lederindustrie ist gezwungen, die Produktion in derben Ledern vollständig einzustellen.

Abg. Simon (N. Soz.) warnt vor Aufhebung der Zwangswirtschaft. Eine Preislenkung wird erst mit der Besserung der Valuta kommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Notales.

Die Vereine für Leibesübungen reichsnotopferfrei. In dem 10. Ausschuss der Nationalversammlung für die Beratung des Notopfersteuergesetzes gab infolge eines von Geheimrat Nießer gestellten Antrages und auf Grund der Vorlagen des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen der Vertreter der Regierung die Erklärung ab, daß gemeinnützige Vereine, welche dem Zwecke körperlicher Ausbildung dienen, notopferfrei seien und die Finanzämter eine entsprechende Anweisung erhalten werden.

Die Sprechstunden des Kreisarztes finden von Freitag den 17. 10. ab nicht mehr wie bisher in der Wohnung, sondern im Landratsamte, Zimmer 10, statt. Zeit der Sprechstunde 2—3 Uhr nachmittags mit Ausnahme von Donnerstagen.

Auf die Wählerversammlung der Vereinigten Bürger und Bürgerinnen, welche am Samstag Abend 8 Uhr im Bären stattfindet, wird auch an dieser Stelle hingewiesen (Siehe Inserat).

Gestern bezogen die hier liegenden Besatzungstruppen die Kaserne in Wiesbaden. An ihre Stelle kommen neue Truppen in Stärke von etwa 600 Mann, die größtenteils auf die Saalbauten Rose Bären und Adler verteilt wurden.

Der Schuhmacher Herr Josef Kleist dahier bestand seine Meisterprüfung in allen Fächern mit der Note „Sehr gut“.

Seit Anfang dieser Woche sind Schulleute aus Wiesbaden hier kommandiert, die den Schleichhandel mit Kartoffeln verhindern helfen sollen.

Der Unterricht der hiesigen Volksschule hat heute wieder begonnen, die Klassen werden vorläufig abwechselnd in der neuen Schule an der Adlerstraße unterrichtet.

Wir wie soeben erfahren, hat Herr Guckes, (Kloppenheimstraße) den jeder für tot hielt, aus Halle geschrieben er wird dieser Tage zurückkehren.

Die Gemeindevahlen. Ein Mitglied des demokratischen Bürgervereins schreibt uns über die am vergangenen Samstag im Restaurant Lannus stattgefundene Versammlung folgendes: Nachdem sich ca. 25 Mitglieder aus dem Verein eingefunden hatten, war es dem Vorsitzenden mit fast einstimmiger Zustimmung möglich, die besonders wichtige Sitzung zu eröffnen. Es wurde zunächst von Herrn Prof. Vogel die schwache Beteiligung der bürgerlichen Kreise unseres Ortes an einer so wichtigen allgemein interessierten Versprechung bedauert. Darauf ging er kurz und sachlich auf die Schmähungen gegen seine Person als Vorsitzender des Vereins ein, die in der letzten Woche von 2 Personen aus dem neu gegründeten Verein der Bürger und Bürgerinnen laut geworden sind. Man nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Herr Prof. Vogel den richtigen Weg eingeschlagen und die Angelegenheit dem Gericht weitergegeben hat. Hiernach kam es zu einer eingehenden Erörterung der Kandidatenlisten, welche den Mitgliedern bereits in den letzten Tagen übersandt wurden. Bei einzelnen Gruppen der Versammlung fand diese Art von Kandidatenbestimmung nicht das richtige Verständnis, welches eigentlich vom demokratischen Standpunkte aus verlangt werden können. Schließlich wurde der ganze Gedanke verworfen, weshalb es zu längerem Hin- und Herreden kam, die aber keine Einigung in den kleinen Kreis von Anwesenden brachte. Dies lag ganz besonders an den Vertretern der Landwirtschaft, die mit ihrer Forderung von 5 Sitzen, was die Mehrheit der voraussichtlich durchzubringenden Kandidaten bedeutet, nicht gerade maßvoll waren und sie konnten nicht verstehen, daß diese weniggehende Forderung, eine große Mehrheit von Mitgliedern und Freunden des Vereins aus Arbeiter, Angestellten und Beamtenkreise, sowie auch ganz besonders die Frauen, dazu bewegen wird, ihre Stimme einer sozialistischen Partei zu geben, worunter noch die Landwirte gerade den größten Nachteil haben werden. Auch der Vorsitzende war überaus bemüht, auf Bedenken hinzuweisen, nicht etwa als Gegner irgend welcher Kreise, sondern nur von dem Gedanken des Sieges unseres demokratischen Bürgerturns befeelt, welcher jedoch durch eine solche Forderung stark in Frage gestellt werden kann. Schließlich wurde erst nach 11 1/2 Uhr ein Ausweg gefunden, der aber nicht von Dauer sein kann, da in aller Eile die Kandidaten der Biers. Höhe und den übrigen Gruppen außer der Landwirtschaft durch Zufall bestimmt wurden, während die Landwirte erklärten, erst morgen Mittwoch bei ihrer Versammlung endgültige Entscheidung treffen zu können. Daß durch derartige Verzögerung der Erfolg des Bürgerturns sehr in Frage gestellt ist, wird wohl jedem Einsichtigen klar sein und sich bei den am Sonntag den 26. Oktober stattfindenden Wahlen bemerkbar machen.

Bekanntmachungen.

Die kommende Woche soll mit der Herausgabe von Mehl aus Getreide neuer Ernte begonnen werden. Nach Anordnung des Landes-Beiratsamtes wird die Ausmahlung von Weizen von nun an nur bis 80 Proz. Roggen 82 Proz. Gerste 75 Proz. durchgeführt. Die geringere Ausbeute des Getreides erfordert selbsterständlich eine Erhöhung des Mehl- und Brotpreises, was auch durch die anstehende Festsetzung von Preisen im Kreisblatt am Dienstag den 14. Oktober 1919 verkündet.

Ich mache die Magistrate und Gemeindevorstände ganz besonders hierauf aufmerksam und erlaube um diesbezügliche sofortige Bekanntgabe in der Gemeinde.

Die Mahlkarten für Oktober-November sind eingetroffen und können gegen eine Gebühr von 20 Pfg. pro Karte im Rathaus Zimmer 6 abgeholt werden.

Als das noch rückständige Holz- und Grasscheitgeld wird hiermit nochmals erinnert, da in den nächsten Tagen mit der Zwangsbeitreibung begonnen wird.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

100 Gramm Weizenmehl	} zum Preise von zusammen 140 Pfg. auf Folie 4 der Lebensmittelkarte.
250 „ Bohnen und	
250 „ Gem. Nudeln	

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt in den Kundengeschäften am Freitag und Samstag dieser Woche in der Reihenfolge wie bisher.

c) Mitteilungen:

Falls noch Schlachtwiege eintrifft, wird die Ausgabe durch Anschlag bekanntgegeben.

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 17 (Zuh. R. Stahl, Rathausstraße) jedoch nur für solche Kartenfolgen der Lebensmittelkarten in denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche Anzahl Zeitkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt.

Die Kranken-Nahrungsmittel werden Sufen Weiteres von jetzt ab im Geschäft Nr. 16 (Zuh. B. Adam Müller Wm., Wilhelmstraße am Freitag und Samstag jeder Woche verteilt. — Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufer, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Läden, Einwickelpapier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. In den Fleischerläden sind alle Brotkarten vorzulegen. — Selbstversorger von Fleisch (Hauschlachtungen), Geflügel (Mahlartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben so weit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Bierstadt, den 13. Oktober 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Todes- + Anzeige.

Gestern verschied sanft, infolge eines Schlaganfalles, unser guter, treuer, sorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, der **Schreinermeister**

Karl Mayer

im nahezu vollendeten 68. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag um 3 1/2 Uhr vom Sterbehause, Privatstr. 2 aus statt.

Gesangverein „Frohsinn“ Bierstadt

Mitteilung.

Ganz plötzlich und unerwartet verschied am 15. d. Mts. unser langjähriges Ehrenmitglied

Herr Karl Mayer

Schreinermeister

Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Nachmittags 3 1/2 Uhr statt und bitten wir die Herrn Mitglieder um recht zahlreicher Beteiligung. Zusammenkunft des Vereins an der neuen Schule an der Adlerstraße.



Turnverein Bierstadt

Zu der am Samstag, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr in unserem Vereinslokale, Gasthaus Zum Adler stattfindenden **Versammlung** werden hierdurch sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um vollzähliges und pünktliches Erscheinen **Der Vorstand.**

Bereinigte Bürger und Bürgerinnen.

Zu der am Samstag, den 18. d. Mts., abends 8 Uhr im Gasthaus zum Bären stattfindenden **Wählerversammlung** werden alle Mitglieder der Vereinigung sowie Interessenten hiermit höflichst eingeladen. **Der Vorstand. J. A.: Ludw. Schmidt.**

Sozialdemokratische Partei
— Filiale Bierstadt. —
Samstag, den 18. Oktober, ab 8 Uhr
Öffentliche Wählerversammlung
im Lokal zum Gambrius, Wiesbadenerstraße.
1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde.
Referent: Stadtverordneter Dietrich.
2. Freie Aussprache.
Wir bitten die Einwohnerschaft Bierstadts, besonders auch die Frauen recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Erläuterung unseres Kommunalprogramms wird Ihnen beweisen, daß nur die Sozialdemokratie wirksam für die Interessen der Arbeiter, Angestellten und aller minderbemittelten Bevölkerung eintritt.
Der Vorstand.



Der Musikverein Bierstadt
veranstaltet am Samstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr im Saale „Zur Rose“ in Kloppenheim ein
Konzert und Ball
Großes Orchester.
Die geehrten Einwohner von Kloppenheim und umliegenden Ortschaften sind zu dieser Veranstaltung höflich eingeladen. Der Verein wird bemüht sein, die ihn besuchenden Gäste auf das Beste zu unterhalten.
Eintrittspreis 1 Mark.
Die Programme, welche zum Eintritt berechtigen, sind im Vorverkauf bei Herrn Ludwig Scheuer, Zigarrenhandlung Bierstadt und an der Kasse erhältlich.
Der Vorstand.

Schulranzen : Schulranzen
Grösste Auswahl Billigste Preise
offert als Spezialität
A. LETSCHERT
Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10. Reparaturen

Landwirte!
Schützt Eure Aussaat
gegen Brand
durch Beizen mit
Kupfervitriol
zu haben
Trogerie Arthur Lehmann
Wiesbadenerstraße 4 Telefon 3267

Trauringe
fugenlos
moderne Kugelform, in 8, 14 und 18 Krt.
Eigene Anfertigung. Billigste Preise.
C. Struck Goldschmied
Wiesbd., Michaelsb. 15.

Bringen Sie schon jetzt Ihre
Hüte zum Umpressen
wenn Sie Wert auf sorgfältige Ausführung legen. Lieferung schon in einigen Tagen.
Die neuesten Formen sind alle da.
Modehaus Ullmann
Wiesbaden, Kirchgasse 21.

Beziehen Sie sich bei Ihren Einkäufen auf die Inserate unseres Blattes.

Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerflore
grösste Auswahl billigste Preise
Modehaus Ullmann
Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Bugfrau
für sofort auf einige Stunden täglich gesucht.
Bierstadter Höhe 22, ptr.
Monatsfrau oder Mädchen für Vormittag sofort gesucht.
Bierstadter Höhe 58, parterre, r.
Schön möbliertes Zimmer zu vermieten per sofort. Blumenstraße 7, parterre.
Lehrmädchen
kann das Nähen erlernen. Näheres in der Exped. dieser Zeits.

Büffett, Herr. u. Dam
Schreibische
Divan, Sofa, Chaisel, Kleider, Küchen, Spiegelschränke, Vertiko, Spiegel, Bett, Matratzen, Deckb., Stühle, gut erh. billig zu verkaufen. R. Graubner, Wiesbaden, Adlerstraße 3.

Kopf-Läuse nebst Brut
beseitigt sofort
Sentalwasser
fl. 1.— und 1.85 Mk
Drogerie Lehmann,
Wiesbadenerstraße 4.
Fernsprecher 3267.
Wirdich vorräthig ab 600 Mk.
Schreib-Maschinen
großes Lager. Verkauf.
R. Gänzlberg, Mainz,
Hindenburgstraße 19. Tel. 915

Herbst-Konfektion
in grösster Auswahl und geschmackvoller Ausführung

Elegante Jackenkleider modernste Formen, nur prima reinwollene Stoffe, Mk. 750.—, 585.—, . . .	450⁰⁰
Jackenkleider mit moderner Jacke Mk. 395.— 325.—, . . .	198⁰⁰
Moderne Mäntel in nur erstklassiger Verarbeitung und reinwollenen Stoffen Mk. 650.—, 475.—	325⁰⁰
Mäntel für den Uebergang . . . Mk. 325.—, 225.—	175⁰⁰
Wollene Mantelkleider kleidsame Formen Mk. 575.—, 475.—	325⁰⁰
Garnierte Seidenkleider in bester Ausführung und nur guten Qualitäten, weiss und heilfarbig Mk. 575.—, 398.—	215⁰⁰
Kostümröcke in Wolle und neuesten Formen, Mk. 225.—, 175.—, 125.— bis	67⁵⁰
Seidene Blusen in weiss und farbig, elegante und geschmackvolle Formen, solide Qualitäten, Mk. 165.—, 115.— bis	48⁵⁰
Wollene Blusen solide Stoffe, neue Formen Mk. 98.—	65⁰⁰

Christian Mendel
MAINZ Kaufhaus am Markt.

Trikotagen
Herren-Hemden u. -Hosen Damen-Hosen u. Hemdhosen
Unterjacken Gestrickte Windelhosen
Gestrickte Herren-Westen Sweater für Knaben
Unter-Anzüge für Kinder
in allen Grössen.

Strumpf-Waren
Gestrickte Kinderstrümpfe Damenstrümpfe
aus Wolle, und Baumwolle aus Baumwolle, Wolle Flor und Seide in allen Farben
Herren-Socken Gamaschen
aus Wolle und Baumwolle für Damen, Herren und Kinder

Handschuhe
für Damen, Herren und Kinder in den bei uns bekannten guten Qualitäten.
Glacé- und Wildleder-Handschuhe für Damen und Herren.

Woll-Waren
für Damen und Kinder in Ia Woll-Qualitäten
Kinderhäubchen u. -Mützen Damen-Westen
Blusenschoner, Schals und Kopftücher
auch in Seide in reicher Auswahl.

Loitz & Soherr
Fernsprecher 622 Mainz Fernsprecher 623

Alle unserer Einkaufszentrale angeschlossenen Geschäfte führen die gleichen Artikel.

Pol u. lach. Schlafzinn.
Eig. Salon-, Küchen-Einrichtung bill. zu verkaufen.
R. Graubner, Wiesb. Adlerstr. 3. am Kaiser-Fried.-Bad

Inserate haben in unserem Blatte besten Erfolg.